

2212/AB
Bundesministerium vom 18.08.2025 zu 2659/J (XXVIII. GP)
bmb.gv.at
Bildung

+43 1 531 20-0
Minoritenplatz 5, 1010 Wien

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2025-0.486.885

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 2659/J-NR/2025 betreffend Förderungen im Rahmen des Pride-Monats, die die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Dagmar Belakowitsch, Kolleginnen und Kollegen am 18. Juni 2025 an mich richteten, darf ich anhand der mir vorliegenden Informationen wie folgt beantworten:

Zu Frage 1:

- *Hat Ihr Ressort oder nachgelagerte Dienststellen Veranstaltungen im Rahmen der Pride 2025 finanziell unterstützt?*
 - a. *Wenn ja, wie hoch waren diese Unterstützungen? (Bitte um genaue Aufschlüsselung, wie viel Geld für welche Veranstaltung ausgegeben wurde)*

Es erfolgten keine finanziellen Unterstützungen bzw. keine Zuerkennungen und Auszahlungen von Förderungen für einschlägige Veranstaltungen im Rahmen der Pride 2025 aus Mittelverwendungen der UG 30 (Bildung).

Zu Frage 2:

- *Wurden in Ihrem Ressort oder den nachgelagerten Dienststellen eigene Veranstaltungen im Rahmen der Pride 2025 durchgeführt?*
 - a. *Wenn ja, wann fanden diese Veranstaltungen statt und von welcher Sektion, Abteilung oder Dienststelle wurden diese durchgeführt?*
 - b. *Wie lautete der Name dieser von Ihrem Ressort oder den nachgelagerten Dienststellen durchgeföhrten Veranstaltungen?*
 - c. *Wie viel haben diese von Ihrem Ressort oder den nachgelagerten Dienststellen durchgeföhrten Veranstaltungen jeweils gekostet?*

Nein, vom Bundesministerium für Bildung (Zentralstelle) wurde keine Veranstaltung der angesprochenen Art im Rahmen der Pride 2025 durchgeführt. Eine Aufstellung der durch

nachgeordnete Dienststellen des Bundesministeriums für Bildung allenfalls durchgeführten Veranstaltungen liegt zentral nicht vor. Da es sich bei den rund 500 nachgeordneten Dienststellen vorwiegend um Bundesschulen handelt, wird um Verständnis ersucht, dass eine Beantwortung dieser Frage in Anbetracht des dafür erforderlichen hohen Verwaltungsaufwandes sowie unter dem Aspekt der administrativen Entlastung von Bundesschulen nicht erfolgen kann.

Wien, 18. August 2025

Christoph Wiederkehr, MA

